

INHALT

1. Gemeinsam gegen Lehrkräftebildungsgesetz
2. Einigung zur EEG-Reform
3. Rechnungshof kritisiert Intransparenz des Landeshaushalts und Ausgabenanstieg
4. Bei der Inselzulage ist noch nichts geklärt
5. Oppositionsfraktionen stellen gemeinsamen Antrag auf Altschuldentilgung
6. SPD, Grüne und SSW wollen im Mai Gesetz zum Verbot bleihaltiger Munition erlassen
7. Ausblick auf die kommende Landtagssitzung

04.04.2014

Gemeinsam gegen Lehrkräftebildungsgesetz CDU, FDP und Piraten setzten Professor Wende unter Druck

Heute haben die Oppositionsfraktionen von CDU, FDP und Piraten Bildungsministerin Wende mit einem gemeinsamen Antrag zur Rücknahme ihres höchst umstrittenen Lehrkräftebildungsgesetzes aufgefordert. Die ganze Woche hatte Wende heftige Kritik – auch aus den eigenen Reihen - erfahren. Erst durch Nachfragen von Medienvertretern war bekannt geworden, dass 13 Studienfächer im Bereich der Lehramtsausbildung an der Flensburger Universität auf Oberstufenniveau angehoben werden sollen. Die Universität Kiel hatte daraufhin von einem Vertrauensbruch gesprochen und die im September vergangenen Jahres vereinbarte Zusammenarbeit aufgekündigt.

Kritik kam auch von der Stadt Kiel, dem AstA sowie den Jusos. Der Behindertenbeauftragte des Landtages warnte im Zusammenhang mit der Lehrkräfteausbildung vor Wendes Plänen, die Sonderpädagogik nicht länger als eigenständigen Studiengang auszubilden. „Es ist unglaublich, dass die Abgeordneten der Regierungsfractionen sich bis heute hinter diesen Gesetzentwurf stellen“, erklärte der CDU-Abgeordnete Daniel Günther in einer gemeinsamen Pressemitteilung mit FDP und Piraten (Link siehe unten).

Auch im Hinblick auf die Inklusionsdebatte meldete sich der Behindertenbeauftragte zu Wort. Die Bildungsministerin sehe ihn in dieser Debatte nicht als Ratgeber. Dies rief CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen auf den Plan. Sie forderte Wende auf, endlich den Rat des Behindertenbeauftragten zu suchen. "Inklusion an unseren Schulen wird nur gelingen, wenn sie gemeinsam mit den Betroffenen umgesetzt wird". Gerade der schleswig-holsteinische Behindertenbeauftragte sei bekannt für seine sachorientierten und realistischen Lösungsvorschläge.

Am Freitag veröffentlichte die Bildungsministerin eine Pressemitteilung, wonach sie sich mit Vertretern des Verbandes Sonderpädagogik getroffen habe, „um Missverständnisse wegen ihrer Landtagsrede aus dem März auszuräumen“. Sie habe in keiner Weise die hervorragende Arbeit der Lehrkräfte an Förderzentren in Abrede stellen wollen.

Auf die Medienanfrage, ob die CDU nach dieser „Klarstellung“ ihren diesbezüglichen Missbilligungsantrag zurückziehen würde, antwortete Franzen:

„Die Ministerin hat nächste Woche im Landtag die Gelegenheit, sich öffentlich von ihren unmöglichen Aussagen zu distanzieren. Uns geht es dabei vor allem um eine Korrektur ihres politischen Handelns gegenüber den Förderschulen. Denn dies deckt sich weiterhin mit ihren Aussagen, die nun angeblich nur ein weiteres Missverständnis sein sollen.“

Gemeinsame von Pressemitteilung CDU, FDP und Piraten:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-04-04_4248.html

Pressemitteilung Heike Franzen:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-04-04_Heike_Franzen_4247.html



Hochschulpolitiker Daniel Günther, MdL

Einigung zur EEG-Reform

CDU: Albig soll endlich seine Hausaufgaben machen

Am Dienstag einigten sich Bund und Länder im Berliner Kanzleramt auf die Kernpunkte einer EEG-Reform. Danach soll das Repowering- also der Ersatz bestehender Anlagen durch leistungsstärkere- besser berücksichtigt werden, als bislang vorgesehen. Dafür hatte sich auch die schleswig-holsteinische CDU-Landesgruppe eingesetzt.

CDU-Energieexperte Jens-Christian Magnussen wies jedoch darauf hin, dass das Problem der Stichtagsregelung damit nicht gelöst sei. In Schleswig-Holstein liegen mehr als 450 Anträge zur Genehmigung von Windkraftanlagen auf den Schreibtischen der Behörden, wie eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Volker Dornquast zutage befördert hatte.

„Diese Windmüller sind bei ihrer Antragstellung von der geltenden Rechtslage ausgegangen. Die meisten können nichts dafür, dass die unter Aufsicht des Energiewendeministeriums stehenden Behörden so lange für ihre Genehmigung brauchen. Unsere Investoren haben Vertrauensschutz verdient“, forderte Magnussen.

Pressemitteilung vom Jens-Christian Magnussen:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-04-02_Pressemeldung_4245.pdf

Kleine Anfrage:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1600/drucksache-18-1691.pdf>



Jens-Christian Magnussen, MdL

Rechnungshof kritisiert Intransparenz des Landeshaushalts und Ausgabenanstieg CDU fordert Finanzministerin zu Ausgabenenkungen statt kreativer Buchführung auf

In dieser Woche hat der Landesrechnungshof seine Stellungnahme zum Abbau des strukturellen Defizits im Landeshaushalt vorgelegt. Präsidentin Dr. Schäfer mahnte, dieser Abbau finde derzeit fast ausschließlich über steigende Einnahmen statt. Die Ausgaben seien in den Jahren 2013 und 2014 sogar überdurchschnittlich um jeweils fast vier Prozent gestiegen. 2011 waren sie unter Peter Harry Carstensen sogar gesunken und 2012 lediglich um 0,55 Prozent erhöht worden.

Der Rechnungshof warnte in diesem Zusammenhang vor dem von der Landesregierung geplanten Methodenwechsel bei der Trendsteuerberechnung. Dieser würde die Möglichkeit zu weiteren strukturellen Ausgabenerhöhungen eröffnen. Auch bemängelte er Intransparenz im Haushalt. So sei rechnerisch nicht nachvollziehbar, ob und wenn ja in welcher Höhe Stellen abgebaut würden.

„Anstatt die Ausgaben in den Griff zu kriegen, kümmert sich die Finanzministerin lieber um kreative Buchführung und die Verschleierung der Anzahl an Personalstellen. Sie setzt auf Schönrechnung des Haushalts und nicht auf seriöse Finanzpolitik“, kommentierte CDU-Finanzexperte Tobias Koch den Bericht.

Er forderte die Landesregierung dazu auf, ihre Kraft endlich auf Ausgabenenkungen zu lenken. Es sei nicht hinnehmbar, dass sie immer noch keinen Maßnahmenkatalog zum Abbau des strukturellen Defizits vorgelegt habe. Nicht einmal eine Definition von Kern- und Zukunftsaufgaben sei bislang erfolgt.

Hier der Link zum Bericht:

<http://lrh-sh.de/file/abbaubericht2013.pdf>

Bei der Inselzulage ist noch nichts geklärt

Landesminister sollten keine falsche Hoffnung schüren



CDU-Innenexpertin Petra Nicolaisen, MdB

Nach dem Willen von Finanzministerin Monika Heinold und Innenminister Breitner könnten Landesbeamte, die auf den Inseln Helgoland, Sylt, Amrum und Föhr arbeiten, in Zukunft mehr Geld erhalten. Die sogenannte Inselzulage soll die Mehrkosten der Beamtinnen und Beamten decken.

Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Petra Nicolaisen, zeigte sich allerdings enttäuscht über die Pläne der Landesminister: "Die Finanzministerin und der Innenminister haben den Eindruck erweckt, die Inselzulage sei im Prinzip in trockenen Tüchern. Jetzt kommt raus: Die Planungen stehen ganz am Anfang. Geklärt ist bislang nichts. Es wurden Erwartungen bei den Beamtinnen und Beamten geweckt, ohne dass es irgendwelche belastbaren Ergebnisse gibt".

Medienberichten zufolge kämen insgesamt 271 Beamtinnen und Beamten für die Finanzspritze in Frage. Darunter Lehrer, Polizisten und andere Beamte. Es handele sich dabei um einen Betrag von 600 Euro monatlich.

Die polizeipolitische Sprecherin Astrid Damerow gab allerdings zu bedenken, dass die zuständigen Ministerien offenbar übersehen hätten, dass auch im Hamburger Umland die Wohn- und Lebenshaltungskosten deutlich höher lägen, als im Rest des Landes. Das Problem sei also nicht allein auf die Inseln beschränkt.

"Wenn man eine solche Sache angeht, dann sollte man sich Gedanken machen, bevor man einen großen Medienrummel produziert.", so Damerow.

Oppositionsfraktionen stellen gemeinsamen Antrag auf Altschuldentilgung Aus CDU-Antrag wird gemeinsame Initiative mit FDP und Piraten

Die Oppositionsfraktionen von CDU, FDP und Piraten haben für die kommende Sitzung des Finanzausschusses einen gemeinsamen Änderungsantrag mit dem Ziel der Tilgung von Altschulden gestellt.

„Die Tilgung der Altschulden ist die konsequente Fortsetzung der fraktionsübergreifend beschlossenen Schuldenbremse. Angesichts eines Schuldenstandes von 27 Milliarden Euro darf

verantwortungsvolle Haushaltspolitik nicht im Jahr 2020 mit dem Stopp der Neuverschuldung enden. Die fehlende Bereitschaft der Regierungsfractionen, die Tilgung der Altschulden ab dem Jahr 2020 in einem fraktionsübergreifenden Antrag ins Auge zu fassen, ist ein Alarmsignal“, erklärte CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch.

Umso erfreulicher sei es, dass sich die drei Oppositionsfractionen bei diesem Thema einig seien. Der Antrag soll die Regierung verpflichten, im Anschluss an den Abbau des strukturellen Haushaltsdefizits mit der Tilgung der aufgelaufenen Altschulden zu beginnen.

Zur Tilgung der Altschulden soll entweder ein Altschuldentilgungsfonds eingerichtet, oder ein Tilgungsplan für die Altschulden des Landes aufgestellt werden. Als Tilgungszeitraum wird die Dauer des Schuldenaufbaus von rund 50 Jahren angestrebt.

Link zur Pressemitteilung:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-04-02_4243.html



Finanzpolitiker Tobias Koch, MdL

SPD, Grüne und SSW wollen im Mai Gesetz zum Verbot bleihaltiger Munition erlassen CDU-Fraktion fordert gemeinsam mit Peter Harry Carstensen zertifizierte Jagdmunition

SPD, Grüne und SSW wollen bereits im Mai ein Gesetz erlassen, das den Jägern den Einsatz bleihaltiger Jagdmunition verbietet. Der Entwurf war im August vergangenen Jahres zurück gestellt worden. Die Anhörung hatte vor allem unter Tierschutzaspekten erhebliche Zweifel über die Eignung bleifreier Munition ergeben.

„Bleihaltige Munition tötet eindeutig schneller und damit tierschutzgerechter. Zudem birgt bleifreie Munition ein deutlich erhöhtes Abprallrisiko. Es wäre deshalb unverantwortlich, jetzt die Jäger und das Wild als Versuchskaninchen für bleifreie Munition zu missbrauchen“, erklärte der CDU-Jagdpolitiker Hauke Göttsch.

Der ehemalige schleswig-holsteinische Ministerpräsident Peter Harry Carstensen hat mittlerweile eine Online-Petition auf den Weg gebracht. Ihr Ziel ist die Zertifizierung von Jagdmunition. „Sie darf für die verschiedenen Wildarten nur zugelassen werden, wenn Zielgenauigkeit und insbesondere die Energieabgabe im Wildkörper ein tierschutzgerechtes Erlegen des Wildes gewährleisten“, so die Forderung Carstensens.

Link zur Online-Petition:

<https://www.openpetition.de/petition/online/leiden-vermeiden-jagd-nur-mit-zertifizierter-mu>



Jagdpolitiker Hauke Götsch, MdL

Ausblick auf die kommende Landtagssitzung **Heftiger Schlagabtausch vorprogrammiert**

Kommende Woche versammeln sich die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages zu ihrer nächsten Plenartagung. Auf der Tagesordnung stehen der CDU-Missbilligungsantrag gegen Bildungsministerin Prof. Wende, die Reform der Lehrerausbildung, die umstrittene Neuschaffung eines Landesbeauftragten für politische Bildung, die Einigung der EEG-Reform und mehrere Anträge zur Infrastruktur.

Im Fokus der Kritik steht Bildungsministerin Prof. Dr. Waltraud Wende. Zum einen durch ihre abfälligen Äußerungen in der letzten Landtagssitzung zu den Förderzentren. Zum anderen bläst ihr starker Gegenwind bei der Reform der Lehrerausbildung und der dazugehörigen Standortfrage entgegen.

Zudem hatte der Umgang der Regierungsfractionen in Personalfragen in der vergangenen Woche zu großen Spannungen im Kieler Landeshaus geführt. Unter anderem wollen die Regierungsfractionen im Nachhinein über eine Gesetzesänderung Einfluss auf ein eigentlich abgeschlossenes Bewerbungsverfahren für die Leitung der Landeszentrale für Politische Bildung nehmen. Laut Medien war der von den Regierungsfractionen bevorzugte Bewerber abgesprungen. Die „Nummer zwei“ auf der Liste findet demnach nicht die Zustimmung von SPD, Grünen und SSW. Auch war die Opposition empört darüber, dass sie erst eine Stunde vor einer Pressekonferenz über die von SPD, Grünen und SSW im Alleingang entschiedene Nachfolge der scheidenden Bürgerbeauftragten in Kenntnis gesetzt wurde. Üblicherweise wird versucht über die Nachfolge von Beauftragten des Landtages einen möglichst breiten Konsens zu erzielen.

Tagesordnung:

http://www.landtag.ltsh.de/export/sites/landtagsh/infothek/wahl18/plenum/tagesordnung/2014/to_18-020_04-14.pdf

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de